

I. Für eine solidarische Gesellschaft

Bei der Bundestagswahl in diesem Jahr wurde zum ersten Mal seit vielen Jahren eine gesamtdeutsche Linkspartei in den Bundestag gewählt. Sie stellt noch vor den Grünen die viert stärkste Fraktion. Dadurch finden die vielen Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihre Familien, die seit Jahren durch die neoliberale Politik der etablierten Parteien nicht mehr politisch vertreten werden, wieder politisches Gehör im Bundestag. Das ist auch dringend notwendig, denn die große Koalition hat vor, die unsoziale und wirtschaftspolitisch falsche Politik ihrer Vorgängerregierung fortzusetzen. Mehrwertsteuererhöhung, Nullrunden bei den Rentner, Verlängerung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre, Verschlechterung beim Kündigungsschutz usw. richten sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und werden weder die Massenarbeitslosigkeit beseitigen noch einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen.

Ohne das politische Bündnis mit der WASG und unser Engagement wäre dieses Ergebnis der Linkspartei bei der Bundestagswahl nicht möglich gewesen.

Die von den etablierten Parteien betriebene neoliberale Politik ist für die Mehrheit der Bevölkerung gescheitert. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die neoliberale Form der Globalisierung, die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und die teilweise Zerschlagung unserer Sozialsysteme hat nicht den versprochenen Aufschwung, mehr Wohlstand oder eine geringere Arbeitslosigkeit gebracht. Das Gegenteil ist der Fall: Die Polarisierung zwischen Reich und Arm ist größer geworden, die Massenarbeitslosigkeit ist gestiegen und der versprochene Aufschwung ist ausgeblieben. Die Staatsverschuldung hat trotz ständiger Sparpolitik zugenommen, obwohl der Verarmung vieler Familien eine Verdoppelung des Geldvermögens der reichen Bevölkerungsschicht gegenübersteht. Obwohl die Gewinne der Konzerne gewaltig gestiegen sind, haben sie diese nicht in neue Arbeitsplätze investiert. Im Gegenteil, überall werden tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Diese Politik ist ungerecht und löst die Probleme nicht. Wir wollen sie ablösen und eine solidarische Gesellschaft aufbauen.

Für eine linke Politik in Baden-Württemberg

Auch in Baden-Württemberg ist es höchste Zeit, dass eine Partei in den Landtag einzieht, die für

Arbeit und soziale Gerechtigkeit steht und eine klare Alternative zur Politik der etablierten Parteien bietet. Deshalb hat sich die Partei **Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)** entschieden, zur Landtagswahl in Baden-Württemberg anzutreten. Wir haben in allen 70 Wahlkreisen kompetente und engagierte Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die um Ihre Stimme werben. Die Kandidatur der WASG wird von vielen demokratischen Gruppen und Initiativen Baden-Württembergs, darunter der Linkspartei, unterstützt.

Die Ziele der WASG in Baden-Württemberg sind:

- **Arbeit und soziale Gerechtigkeit**
- **Förderung statt Auslese bei Erziehung und Bildung**
- **Öffentliche Investitionen und keine Privatisierung**
- **Umverteilung von Arbeit anstatt Arbeitszeitverlängerung**
- **Bessere Bildung und Ausbildung und keine Studiengebühren**

- **Aktiven Umweltschutz und keine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken**
- **Mehr direkte Demokratie, für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide und keine stärkere staatliche Überwachung**
- **Integration der Migrantinnen und Migranten und ihrer Kinder anstatt Ausgrenzung**
- **Stärkere Besteuerung der Reichen und der Konzerne anstelle des Sparens bei den Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner/innen**

Es wird auch in Baden-Württemberg höchste Zeit, dass diese und andere politischen Positionen in den Landtag eingebracht werden. Denn auch im „Musterländle“ ist eine eindeutige soziale Schieflage entstanden. Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner/innen, aber auch die meisten Schüler und Studenten fühlen sich durch die etablierten politischen Parteien nicht mehr vertreten.

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg niedriger als in anderen Bundesländern, aber sie wächst kontinuierlich. Zahlreiche gewinnträchtige Konzerne, wie DaimlerChrysler, Edeka, Allianz usw. haben den Abbau von zigtausenden von Arbeitsplätzen angekündigt oder schon vollzogen. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ist besorgniserregend. Ministerpräsident Oettinger will in dieser Situation noch 100 000 Stellen im Land abbauen. Zehntausende von Stellen sollen durch Arbeitszeitverlängerung beim Land und den Kommunen abgebaut werden. Die WASG steht hier eindeutig an der Seite der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaften gegen Arbeitszeitverlängerung. Wir wollen, dass die Jugend eine Zukunft hat. Wir fordern öffentliche Investitionen in Bildung, Altenpflege, Umweltschutz und eine gute öffentliche Infrastruktur anstelle von Privatisierung und Stellenstreichungen.

Baden-Württemberg ist das Bundesland, in dem die soziale Herkunft mit am stärksten darüber entscheidet, welche Bildungschancen die Schüler/innen haben. Es ist ein Trauerspiel, dass Kinder besser gestellter Familien viermal bessere Chancen haben, das Gymnasium zu besuchen, als die Kinder von sozial schlechter gestellten Familien. Die Landesregierung will diese Ungleichheit durch die Fortsetzung ihrer verfehlten Bildungspolitik noch verschärfen.

Die Baden-Württembergische Landesregierung spielt den Vorreiter bei der Einführung von Studiengebühren. Die Möglichkeit zu studieren soll damit - noch mehr als es heute ohnehin schon der Fall ist - vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. Die WASG unterstützt die Proteste der Studenten/innen gegen diese unsoziale und unverantwortliche Politik.

Trotz permanenter und unsozialer Sparpolitik nimmt die Verschuldung des Landes Baden-Württemberg zu. Dennoch wendet sich die CDU/FDP-Landesregierung vehement gegen die Einführung einer Vermögenssteuer. Nur 1 % Vermögenssteuer für die Reichen und Superreichen würde dem Land mehr als 2 Mrd. € jährlich zuführen. Geld, das dringend gebraucht würde. Die Landesregierung folgt dem globalen Trend, dass die kleinen Leute zahlen und die Großen verschont bleiben.

Die WASG sagt: Millionen zahlen Steuern - Millionäre sollen es auch!

Die verfehlte Steuerpolitik führt aber dazu, dass die öffentlichen Haushalte, insbesondere die Kommunen verschulden, die öffentlichen Investitionen zurückgehen und öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen privatisiert werden. Darunter leiden auch viele Handwerker und mittelständische Betriebe, denen die öffentlichen Aufträge fehlen. Die Privatisierung der EnBW und damit auch der Stuttgarter Wasserversorgung hat aber gezeigt, dass Private nicht besser und schon gar nicht billiger sind. Die WASG ist gegen Privatisierung, für die Rückführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum und für ein öffentliches Investitionsprogramm in Baden-Württemberg. Die öffentliche Grundversorgung muss für alle

Bürger/innen bezahlbar gewährleistet werden. Das schafft auch Arbeitsplätze. Die bisher im Landtag vertretenen Parteien sind immer weniger unterscheidbar. Sie haben sich in fast allen Politikfeldern den vermeintlichen ökonomischen Sachzwängen unterworfen. Die CDU hat alle Grundsätze der christlichen Soziallehre und ihrer Familien- und Gesellschaftspolitik über den Haufen geworfen, die SPD hat ihre sozialen Wurzeln und Ziele vergessen und die Grünen sind nur noch eine grün angestrichene FDP. Alle eint, dass sich die Menschen auf Gedeih und Verderb den Interessen der Wirtschaft unterordnen sollen. Die WASG lehnt es ab, dass die Menschen auf den Stellenwert eines Kostenfaktors reduziert werden. Wir sagen, dass die Wirtschaft für die Menschen da zu sein hat und nicht umgekehrt.

Die WASG steht an der Seite der Menschen, die durch diese Politik benachteiligt werden und die für eine Politik von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit eintreten.

Die WASG steht auch an der Seite derjenigen, die sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaften gegen Arbeitsplatzabbau, Sozialdumping und Verschlechterung der Arbeits-, Bildungs- und Lebensbedingungen kämpfen, die gegen Studiengebühren und für eine bessere Ausbildung und Bildung auf die Straße gehen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, im außerparlamentarischen Kampf alle ihnen zu Verfügung stehende Mittel einzusetzen. Wir sind Teil dieses außerparlamentarischen Widerstands und sehen in ihm die entscheidende Rolle bei der Verteidigung des Erreichten und dem Erreichen von Verbesserungen. Wir unterstützen die Gruppen und Verbände, die sich außerparlamentarisch für eine soziale und humane Zukunft engagieren.

Wir werden uns an keiner Regierung beteiligen, die Sozialabbau betreibt.

Das unterscheidet uns deutlich von allen anderen Parteien.

Deshalb freuen wir uns auf Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl in Baden
Württemberg am 26. März 2006.

***Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg -- die linke
Wahlalternative/WASG.***